



Ort und Zeit:

Die zweite Sitzung der Arbeitsgruppe ‚Wohnen im Alter‘ fand am 29. Juni 2011 von 17:30 bis 18:30 Uhr im Besprechungsraum im 4. Obergeschoss des Landratsamtes statt.

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Sammlung von Maßnahmenvorschlägen
3. Weiteres Vorgehen
4. Sonstiges

Teilnehmer:

- Greger, Gudrun (Mehrgenerationenhaus Haßfurt)
- Häckner, Gunter (UmweltBildungsZentrum Oberschleichach)
- Hartmann, Frank (UmweltBildungsZentrum Oberschleichach, Forum Wohnenergie)
- John, Michael (BASIS-Institut)
- Klein, Edgar (Bürger)
- Sauer, Dieter (Amt für Soziales und Senioren – LRA Haßberge)
- Schäflein, Anke (Caritasverband Geschäftsführerin)
- Werthmann, Magdalena (Seniorenkreis Untertheres)

Protokollführer: Michael John

1 Begrüßung

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte Herr John die Anwesenden.

2 Sammlung von Maßnahmenvorschlägen

Bezüglich der Beratung zur Wohnraumanpassung wurde in der Diskussion deutlich, dass es des Zusammenwirkens vieler Beteiligter bedarf. Bei einer Beratung werden wahrscheinlich sowohl Aspekte des Zusammenlebens, der energetischen Sanierung, der Anpassung der Wohnungsausstattung als auch Zuschussfragen und Genehmigungsverfahren angesprochen werden. Diese Kompetenzen gelte es, in ein Beratungskonzept zur Wohnraumanpassung zusammenzubringen. Eine Kombination professioneller Beratung und bürgerschaftlicher Erstberatung wurde als gute Verknüpfungsmöglichkeit empfunden.

Dem Thema Wohnungsanpassungsberatung werde sich der neu geschaffene Pflegestützpunkt annehmen. Auf Landkreisebene gelte es, die oben angesprochenen Kompetenzbereiche zusammen zu führen. Evtl. könnte eine Fachtagung zum Wohnen im ländlichen Raum sowohl Aspekte des Wohnens der älteren Generation als auch z.B. das Wohnen von Familien befördern.

Ein Diskussionsteilnehmer erläuterte die Vorgehensweise bei der Schaffung barrierefreien und altersgerechten Wohnraums für sich selbst und seine Frau durch den Bau eines Fertighauses.

Generell sei es nötig, so das Plenum, die Diskussion um neue Wohnformen im Landkreis voranzubringen. Hier stehe man erst am Beginn einer Entwicklung. Es gelte, Zug um Zug Bürgermeister und Gemeinderäte zu überzeugen und dann erste Leuchtturmprojekte zu verwirklichen.

Herr John beklagte die schwierige Verknüpfung von regionalen Planungsanstrengungen und der Fachplanung im Rahmen der Entwicklung eines Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts. Er nahm dabei Bezug auf die laufenden Planungen in der Region Hofheim. Es sei nicht gelungen, die Planer trotz mehrmaliger Einladung in die Runde der Arbeitsgruppe Wohnen zu bringen.

In der Diskussion wurde klar, dass es eine Reihe von Hürden bei der Schaffung neuer Wohnmodelle im ländlichen Raum zu überwinden gilt. So müssen z.B. Fragen der Trägerschaft und Finanzierung geklärt werden.

In der Runde wurde die Umsetzung neuer Wohnideen durch die Caritas sehr positiv bewertet. Von Seiten der Caritas wurde auf die in Bayern hohen rechtlichen Anforderungen bei der Umsetzung neuer Wohnmodelle hingewiesen.

Insgesamt war den Diskussionsteilnehmern klar, dass von der Anzahl her die Unterstützung des Wohnens in der gewohnten eigenen häuslichen Umgebung die zentrale Bedeutung hat. Neue Wohnmodelle werden erst Stück für Stück Alternativen bieten. Daher sei die Versorgung durch Sozialstationen in Kombination mit der Unterstützung durch nachbarschaftliche Dienste oder ehrenamtliches Engagement von zentraler Bedeutung.

Wichtig sei außerdem, die Diskussion um das Thema Wohnen durch die Fortführung der Arbeitsgruppe Wohnen am Laufen zu halten. Herr Sauer erklärte sich bereit, diese Arbeitsgruppe nach Beendigung des laufenden Planungsprozesses im Herbst weiter fortzuführen.

Herr John erläuterte, dass die Maßnahmenvorschläge in den Entwurf des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts einmünden und dieser Entwurf in der nächsten Sitzung diskutiert werden könne.



3 Weiteres Vorgehen

Herr John und Herr Sauer berichten, dass im Juli der Entwurf des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts in der Arge Wohlfahrtspflege, beim Treffen der Seniorenbeauftragten und im Ausschuss für Bildung und Soziales vorgestellt werde. Im Herbst soll das Konzept durch den Kreistag beschlossen werden. Die Kommunen werden durch den Landrat angeschrieben und darum gebeten, sich bezüglich der Maßnahmenvorschläge zu positionieren. Die Rückmeldungen der Gemeinden sollen im Anhang der Sozialpolitischen Gesamtkonzepts gesammelt werden.

4 Sonstiges

Der Termin für die nächste Arbeitsgruppensitzung wurde auf Dienstag, den 26. Juli 2011, 17 Uhr festgelegt. Der Raum wird noch bekannt gegeben.

Für das Protokoll:

Michael John

BASIS-Institut Bamberg